

EWE und Regierung bekommen ihr Fett weg

Parteitag: SPD Weser-Ems übt harte Kritik

OLDENBURG • Eigentlich sollten während des kleinen Parteitag der SPD Weser-Ems nur kommunalpolitische Themen behandelt werden – doch einige Probleme drängten sich auf die Tagesordnung der Veranstaltung am Sonnabend im Oldenburger CCH. Neben dem Streik bei der Atlas Maschinen GmbH (siehe Bericht oben) befassten sich die Sozialdemokraten unter anderem mit dem Streit um zu viel bezahlte Gaspreise an den Oldenburger Energieversorger EWE. Die Bezirksvorsitzende Johanne Modder erneuerte ihre Kritik an dem Konzern, der nach dem Urteil des Auricher Amtsgerichts an drei Kunden das gezahlte Geld vollständig zurückzahlen

muss. Die Geschäftsführung hatte danach angekündigt, nicht von ihrer Position abzurücken. „Die EWE-Spitze hat falsch reagiert“, monierte Modder: „Jetzt muss es für alle Betroffenen eine 100-prozentige Rückzahlung geben. Ein kommunales Unternehmen darf Kunden nicht scharenweise zur Klage treiben.“

Auch die Landesregierung bekam von Modder ihr Fett weg. Zum „Oberschul-Vorschlag“ sagte sie skeptisch: „Was uns da als Leckerli hingehalten wird, sollten wir genau prüfen.“

Zum Thema „Zukunft der kommunalen Handlungsfähigkeit“ äußerte sich der Bundestagsabgeordnete Bernd Scheelen. Der Krefel-



Sparten nicht mit Seitenhieben: die SPD-Mitglieder Kerstin Schnitger-Jebing und Axel Brammer, Bezirksvorsitzende Johanne Modder, Michael Hehemann von der IG Metall sowie Hermann Bokelmann, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Senioren.

der, der im Bundestag Vorsitzender des Unterausschuss „Kommunales“ ist, bezeichnete die Kommunen als „Fundament der Demokratie, das Risse hat“. Zur Verbesserung der schlechten Finanzlage der Kommunen schlug die SPD-Fraktion die Erhöhung des kommunalen

Anteils an der Einkommens- und Lohnsteuer vor. Die Vorschläge der Bundesregierung lehnte Scheelen dagegen ab. Ein kommunales Heberrecht bei der Einkommenssteuer nannte er ein „Danaergeschenk“, das den Umzug Bessergestellter von der Stadt ins Umland fördern

würde. Hermann Bokelmann, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Senioren im Oldenburger Land, mahnte: „Wer die Musik bestellt, muss sie auch bezahlen. Ohne Übernahme der Kosten dürfen Bund und Land die Kommunen nicht mit Aufgaben belasten.“